

Ständerat

Conseil des Etats

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



18.314 s Kt.Iv. BS. Service public erhalten. Keine Schliessung von Quartierpoststellen!

Bericht der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen vom 1. Juli 2019

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen hat an ihrer Sitzung vom 1. Juli 2019 die vom Kanton Basel-Stadt am 6. Juni 2018 eingereichte kantonale Initiative vorgeprüft.

Die Initiative verlangt erstens ein Moratorium für Poststellenschliessungen. Ausserdem soll die Postcom im Rahmen von Poststellenschliessungen einen anfechtbaren formellen Beschluss fassen. Und drittens sollen auch Bürgerinnen und Bürger eine Eingabe gegen eine Schliessung einer Poststelle an die Postcom richten können.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig, der kantonalen Initiative keine Folge zu geben.

Berichterstattung: Janiak

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Claude Janiak

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

1. Der Bundesrat wird aufgefordert, als Eigner der Post ein Moratorium bei der Schliessung von Poststellen zu veranlassen bis eine konzeptionelle Netzplanung vorliegt. Diese muss über die strategische Planung des künftigen Poststellennetzes Auskunft geben und für die betroffene Bevölkerung Transparenz über die künftige Gestaltung des Netzes herstellen. Gleichzeitig muss feststehen, ob in Bezug auf die Erreichbarkeit der Poststellen und Agenturen eine Revision des Postgesetzes angezeigt ist.

2. Die einschlägigen Rechtsgrundlagen sind so zu ändern, dass die Eidgenössische Postkommission (Postcom), wenn sie im Rahmen des Verfahrens bei der Schliessung oder Verlegung einer Poststelle oder Postagentur angerufen wird, nicht nur eine Empfehlung abgibt, sondern einen anfechtbaren formellen Beschluss fasst.

3. Auch die Bürgerinnen und Bürger sollen berechtigt sein, eine Eingabe gegen die Schliessung einer Poststelle oder Postagentur an die Postcom zu richten, wenn sie dieselbe Zahl von Unterschriften gesammelt haben, die für eine Gemeindeinitiative erforderlich ist.

1.2 Begründung

Der Service public ist unter Beschuss. Die Schweizerische Post steht wegen des Abbaus von Dienstleistungen in der Kritik. In Basel sollen die Poststellen Kleinhüningen, Gellert und Kannenfeld geschlossen werden. Dabei sind die Poststellen von enormer Wichtigkeit. Sie werden sowohl von den KMU als auch von der älteren Bevölkerung sehr geschätzt und regelmässig genutzt. Der Unmut in der Bevölkerung ist gross, wie die Petition der SP Basel-Stadt zeigt, die in kurzer Zeit knapp zweitausend Menschen unterschrieben haben.

Es ist wichtig, dass der Grosse Rat und der Regierungsrat dieses Anliegen unterstützen und sich Basel-Stadt gemeinsam mit anderen Kantonen in Bern gegen den Abbau des Service public starkmachen. So kann dieses zentrale Angebot auch in Basel-Stadt erhalten und gestärkt werden.

2 Erwägungen der Kommission

An ihrer Sitzung vom 4. April 2019 hat die Kommission eine Vertretung des Kantons angehört. Ausserdem hat sie sich an ihrer Sitzung vom 1. Juli 2019 vertieft mit der Post befasst und dazu je eine Aussprache mit der Departementsvorsteherin und der Post-Spitze geführt. Die KVF ist der Ansicht, dass im Postbereich Handlungsbedarf besteht und dass die verschiedenen kantonalen Initiativen der vergangenen Jahre berechnete Anliegen aufgegriffen haben. Sie weist darauf hin, dass einer dieser Initiativen – derjenigen des Kantons Jura (17.314) – Folge gegeben wurde und damit bereits ein Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage im Parlament hängig ist. Da die vorliegende Initiative weitgehend in der Initiative 17.314 enthalten ist, hat die KVF entschieden, sich auf die jurassische Initiative zu konzentrieren, und beantragt ihrem Rat einstimmig, der Initiative Basel-Stadt (sowie den Initiativen mit ähnlichen Forderungen aus Genf 18.312 und Solothurn 18.315) keine Folge zu geben. Die Umsetzung der Initiative Jura wird die Kommission nach Vorliegen einer Gesamtschau der Post in der ersten Hälfte 2020 angehen.